

VWU Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2009

Die Erneuerbaren Energien – Markt der Zukunft

1. Fast jede zehnte in Deutschland verbrauchte Kilowattstunde stammt 2008 aus EE (Anteil am Endenergieverbrauch: 9,6%). Damit lag der Anteil an der gesamten deutschen Stromerzeugung bei 15,3% (2007: 14,5%), der Anteil am Wärmemarkt bei 7,3% (2007: 6,8%).
 - a) Werden Sie sich für einen Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien einsetzen?
 - b) Wenn ja, in welchem Zeitraum soll dieser erfolgen?
 - c) Falls nein, was steht aus Ihrer Sicht einer Vollversorgung im Wege?
 - d) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Energieeffizienz im privaten, verkehrlichen und Unternehmenssektor erhöhen?

2. Wollen Sie in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland den Ausbau der Windenergie, der Solarenergie, der Bioenergie und der Geothermie beschleunigen?
 - a) Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln und aktiven Maßnahmen ihrerseits wollen Sie dies erreichen?
 - b) Falls nein, weshalb soll dieser Ausbau nicht beschleunigt werden?

3. Die Bundesregierung hält den Bau von Solarkraftwerken in der Sahara langfristig für eine Alternative zur verstärkten Nutzung von Erdgas. Das Risiko von Lieferausfällen werde damit verringert.
 - a) Teilen Sie die Auffassung, dass auch bei der Nutzung erneuerbarer Energien (neue) globale Produzenten-Verbraucher-Beziehungen entstehen werden?
 - b) Falls nicht, welche Alternative(n) bevorzugen Sie?

4. "Kombikraftwerk" bedeutet, die Vorteile der verschiedenen Formen der Erneuerbaren Energien optimal zu kombinieren, um eine Strom-Vollversorgung zu erreichen. Windenergieanlagen und Solarmodule leisten je nach Verfügbarkeit von Wind und Sonne ihren Beitrag zur Stromerzeugung. Ausgleichend werden Biogas und Wasserkraft eingesetzt: Je nach Bedarf werden sie in Strom umgewandelt, um kurzfristige Schwankungen auszugleichen oder vorübergehend gespeichert. Einer Vollversorgung durch Erneuerbare Energien steht technisch damit nichts im Wege.
 - a) Sind Sie für diese Zusammenführung und Verteilung der erneuerbaren Energien?

- b) Falls nein, welches ist Ihr Alternativkonzept?
5. Die Kampagne gegen Bioenergie wurde von der Ölindustrie vorbereitet und Umweltverbände und kirchliche Hilfsorganisationen haben ihr geglaubt. Nach einer Studie des „Union of Concerned Scientist“ hat zum Beispiel Exxon Mobil zwischen 1998 und 2005 über 16 Millionen US-Dollar an 43 „klimaskeptische Organisationen“ gespendet. Fakt ist: Weltweit werden lediglich auf zwei Prozent der Ackerfläche Pflanzen zur Gewinnung von Bioenergie angebaut, dagegen liegen mehr als 30 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche brach.
- a) Sind Sie für eine verstärkte Nutzung von Bioenergie?
b) Falls nicht, was spricht aus Ihrer Sicht gegen eine Nutzung?
6. Bis 2020 soll Deutschland 40 Prozent weniger CO₂ produzieren als im Vergleichsjahr 1990. So lautet das erklärte Klimaschutzziel der Bundesregierung. Dass in Deutschland nach derzeitigem Stand 25 klimaschädliche Kohlekraftwerke geplant sind, widerspricht diesem Ziel. Auch in Rheinland-Pfalz (Mainz) bzw. in direkter Nachbarschaft werden die Planungen für neue Kohlekraftwerke konkret.
- a) Befürworten Sie für den Neubau von Kohlekraftwerken?
b) Falls ja: an welchen Standorten? Und: Wie beurteilen Sie die Klimabeeinflussung durch Kohlekraftwerke?
c) Welche Alternativen bevorzugen Sie insbesondere mit Blick auf den Klimawandel und die Klimaschutz-Ziele?
7. Erstmals seit 42 Jahren wurde im Jahr 2008 weltweit kein einziges neues Atomkraftwerk (AKW) in Betrieb genommen. Im Jahr 2008 wurde sogar erstmals seit den 1960er Jahren weltweit kein einziges AKW neu mit dem Stromnetz verbunden, ein AKW (Slowakei) wurde endgültig abgeschaltet. Damit sank im abgelaufenen Jahr die Zahl der offiziell in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke auf 438. Zum Vergleich: 1999 waren weltweit 440 AKW am Netz. Der Anteil der Atomenergie an der weltweiten Energieversorgung ist damit auf unter 2,5 Prozent gesunken.
- a) Halten Sie den bundesweiten Atomausstieg für den richtigen Weg?
b) Falls nein, was spricht gegen diesen Ausstieg?

Finanzkrise - mit SRI wäre es nicht passiert

8. An den Finanzmärkten wächst das Bewusstsein, ökologische, soziale und ethische Kriterien bei der Investitionsentscheidung stärker zu berücksichtigen. Nach derartigen Gesichtspunkten getätigte Kapitalanlagen werden als SRI („Socially Responsible Investment“) bezeichnet. Dabei handelt es sich um so genannte nachhaltige Investitionen, bei denen neben den wirtschaftlichen Aspekten wie Rendite und Sicherheit auch die Art und Weise, wie ein Gewinn erwirtschaftet wird, wichtig ist.
- a) Sollten SRI-Kriterien bei Investitionsentscheidungen eine stärkere Rolle spielen?
b) Falls nein, warum nicht?
9. Bundesdeutsche Privatpersonen investieren pro Jahr rund 10 Mrd. Euro in Unternehmensbeteiligungen. Aufgrund steuerlicher Bevorzugungen waren in der Branche der Geschlossenen Fonds Schiffsbeteiligungen mit 30 Prozent vertreten. Energiebeteiligungen, die in besonderem Masse für eine regionale Wertschöpfung stehen, werden steuerlich nicht gefördert und sind aus diesem Grund lediglich mit 3 Prozent vertreten.

- a) Halten Sie diese Ungleichbehandlung für gerechtfertigt?
- b) Falls ja, was spricht gegen eine Gleichbehandlung von Energiebeteiligungen?

Nachhaltige Bildung – neue Erkenntnisse für lebenslanges Lernen und Arbeiten

10. Die PISA-Ergebnisse, die Qualitätsdebatte im Bildungssystem und die veränderten Anforderungen an zukünftige Arbeitskräfte in der Berufswelt fordern eine tiefgreifende Neuorientierung u.a. im Schulsystem. Die Neubewertung von formellen (Fachwissen) und informellen Kompetenzen ist dringend notwendig, da gerade für die berufliche Zukunft der Jugendlichen die sozialen Kompetenzen wie Kooperations- und Kommunikations- und Motivationsfähigkeiten im Verhältnis zur Fachkompetenz immer wichtiger werden. Unter Einbezug der aktuellen lern- und neuropsychologischen Erkenntnisse muss das Lehr- und Lernsetting in Schulen neu bewertet und überarbeitet werden. Kleinere Klassen und eine veränderte Rolle vom Stoffvermittelnden zum/zur LernbegleiterIn könnten hier erste Schritte sein. Um die Lernenden optimal auf die Erfordernisse der modernen Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten, benötigt Schule neben einer aktuellen Ausstattung (ansprechende Lernorte, aktuelle Medianausstattung, Vernetzung, neue, kooperative Lernformen) auch eine konstruktive und offene Diskussion zur Neugestaltung von Lernen und Lehren. Weiterbildung muss qualitativ und quantitativ im Bildungssystem gestärkt werden.
- a) Welche bildungspolitischen Leitlinien haben Sie bzw. Ihre Partei angesichts der erwarteten demographischen Veränderungen und der geänderten Anforderungen in der Berufswelt?
 - b) Wie kann ihrer Meinung nach eine gelungene Vorbereitung auf die späteren formellen und personalen Anforderungen der Kinder und Jugendlichen aussehen?
 - c) Wie könnten Schulen, Lehrende, Lernende und Eltern sowie externe Partner in einen konstruktiven Dialog kommen?
 - d) Mit welchen Maßnahmen und mit welchen Akteuren wollen Sie die Weiterbildung zu einer starken vierten Säule im Bildungssystem ausbauen?

Rheinland-Pfalz – Land der nachhaltigen Innovationen?

11. Nachhaltige Innovationen sind die Basis für Veränderungen und langfristige Existenzsicherung von Unternehmen. Trends müssen erkannt werden, Ideen entstehen, Umsetzungskonzepte und Produkte entwickelt werden. Hier zu bedarf es einer innovationsfördernden Kultur, entsprechenden Lehr- und Lernorten und einer nachhaltigkeitsorientierten Unternehmenskultur.
- a) Wie definiert Ihre Partei „Nachhaltige Wirtschaft“?
 - b) Welche nachhaltigkeits-orientierten Themen werden für Rheinland-Pfalz bzw. Deutschland in den kommenden Jahren prägend sein?
 - c) Mit welchen Mitteln fördert Ihre Partei die Wahrnehmung nachhaltigkeitsorientierter Themen und Innovationsmöglichkeiten oder/und die Ansiedlung innovativer Unternehmen und Hochschulstandorte/Fachbereiche?

Mehr erwerbstätige Frauen – noch weniger Kinder - Ideen für eine neue Familienpolitik?

12. Die Einführung des Elterngeldes hat gerade bei hochqualifizierten Frauen zu einer höheren Geburtenrate geführt – ein erster Erfolg der aktuellen Familienpolitik. Trotzdem ist die Rate der Mütter, die nach der Geburt des ersten bzw. zweiten Kindes nicht wieder in den Beruf einsteigen, im europäischen Vergleich extrem niedrig: Wäh-

rend Frauen 2005 insgesamt zu 61 % erwerbstätig waren, reduzierte sich dieser Wert auf 58 %, sobald das erste Kind da war. Frauen, die zwei Kinder haben, sind nur noch zu 51,8 % erwerbstätig. Private Unternehmen wie auch der öffentliche Sektor werden zukünftig auf gut ausgebildete Frauen nicht verzichten können. Die Vereinbarkeit von Familie und beruflichem Engagement muss für Männer wie für Frauen erleichtert werden.

- a) Welche Schritte zum Ausbau der Betreuung von Kindern (auch unter einem Jahr) und welche Anreize zum beruflichen Einstieg wird Ihre Partei diesen Frauen/Männern anbieten?
- b) Welche anderen Formen der Kinderbetreuung oder anderer Dienstleistungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf planen Sie auszubauen – auch über die Kindergartenzeit hinaus?
- c) Wie kann das Land familienfreundliche Arbeitsbedingungen in Unternehmen und in den eigenen Institutionen forcieren?

Ökologie und Gesundheit - auf Prävention bedacht?

13. 2005 lag der Anteil der landwirtschaftlichen Fläche für den Ökologischen Landbau bei 4,7%. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zielt auf einen Anteil von 20% bis zum Jahr 2010. Was bedeutet dies für Rheinland-Pfalz?
 - a) Wollen Sie in Rheinland-Pfalz bzw. in Deutschland die Anbaufläche des ökologischen Landbaus vergrößern?
 - b) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor?

14. 2004 lag der Stickstoff-Bilanzüberschuss der Landwirtschaft bei 103,4 kg/ha. Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist eine Verminderung auf 80 kg/ha bis 2010.
 - a) Welche Strategie der Zielerreichung verfolgt Rheinland-Pfalz bzw. Deutschland?
 - b) Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor?

15. 2004 lag die die Schadstoffbelastung (SO₂, NO_x, VOC, NH₃) der Luft bei 46,2%. Die Schadstoffbelastung und damit die Verbesserung der Luftqualität soll, laut nationaler Nachhaltigkeitsstrategie, um 30% (gegenüber 1990) verringert werden.
 - a) Welche Maßnahmen setzt das Land zur Zielerreichung um?

16. Während 1999 der Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) bei 11,5% lag, war dieser Anteil im Jahr 2005 bereits bei 13,6%. Als übergewichtig galten 2005 49,6% der Bevölkerung. Übergewicht ist maßgeblich an der Entstehung von Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Gelenkschäden beteiligt. Neben den gesundheitlichen Folgen wirkt sich Übergewicht auch in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aus. Experten kündigen an, dass Depression die Volkskrankheit dieses Jahrhunderts werden wird. Gesundheit in der Organisation gehört zum Kern des Managementprozesses.
 - a) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit Gesundheitsmanagement in der Arbeitswelt stärker verankert wird?
 - b) Welche weiteren, konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um den Anteil der Menschen mit Adipositas deutlich zurückzuführen?